

Inland

GES

Merz setzt trotz Kritik auf radikalen Umbau

Bundi Annetta

Die Reform der Mehrwertsteuer führt dazu, dass alltägliche Güter teurer werden. Damit die Vorlage für arme Haushalte verkraftbar ist, sollen sie bei der Krankenkasse entlastet werden.

Von Annetta Bundi, Bern

Bundesrat Hans-Rudolf Merz macht sich keine Illusionen. Er weiss, dass er in den nächsten Monaten an mehreren Fronten kämpfen muss, um die angepeilte Vereinfachung der Mehrwertsteuer durchzubringen. «Die Reform ist zweifellos kühn», erklärte er gestern vor den Medien. Falls sie wie geplant verwirklicht werde, habe die Schweiz europaweit die tiefsten Mehrwertsteuersätze. «Das wäre eine Pioniertat, die produktive Kräfte freisetzen könnte.»

Um die Chancen der Vorlage zu erhöhen, hat der Bundesrat beschlossen, sie in zwei Teile aufzusplitten. Diese werden gesondert beraten - und so wohl auch dem Volk zur Abstimmung unterbreitet:

Administrative Vereinfachung: Finanzminister Merz will mit rund 50 Änderungen im Gesetz dafür sorgen, dass den Firmen die Arbeit erleichtert wird. Betriebe, die wenig Umsatz erwirtschaften, sollen die Mehrwertsteuer zum Beispiel öfter pauschal abrechnen dürfen. Das Strafrecht soll zudem nur noch dort greifen, wo schwere Verstösse vorliegen. Viele Fehler, die den Steuerkontrolleuren auffallen, begehen die Firmen nicht vorsätzlich, sondern weil das Mehrwertsteuergesetz kaum noch zu durchschauen ist. Mit einfacheren Verfahren kann die Rechtssicherheit stark erhöht werden.

Einheitliche Steuersätze: Lebensmittel, Zeitungen, Arzneien und andere Güter des täglichen Bedarfs werden heute zum reduzierten Satz von 2,4 Prozent besteuert, Übernachtungen im Hotel mit 3,6 Prozent. Alle anderen Leistungen unterliegen dem normalen Satz von 7,6 Prozent. Diese Lösung führt immer wieder zu Abgrenzungsproblemen. Wer sich über Mittag im Restaurant verpflegt, erhält zum Beispiel den vollen Tarif in Rechnung gestellt, während Takeaways vom tiefen Satz profitieren. Der Bundesrat schlägt nun vor, einen Einheitssatz von 6,1 Prozent zu schaffen und das Gesundheitswesen voll der Mehrwertsteuer zu unterstellen.

Kritiker warnen vor Kostenschub

Das ist heute nicht der Fall. Die meisten Spitalbehandlungen und Leistungen der Ärzte, Psychotherapeuten, Chiropraktiker oder Hebammen sind von der Mehrwertsteuer befreit. Das Gleiche gilt für die Sozialhilfe. Mit der Ausweitung der Steuer auf diese Bereiche werden rund 23 000 Betriebe neu steuerpflichtig. «Das macht keinen Sinn», ärgert sich Jacques de Haller, Präsident der Ärztervereinigung FMH. «Dies führt bloss zu einem grösseren administrativen Aufwand und steigenden Krankenkassenprämien.»

Das Volk wird die Unterstellung des Gesundheitswesens unter die Mehrwertsteuer in der Tat direkt zu spüren bekommen: Der Bund geht davon aus, dass die Prämien um 2,5 Prozent steigen werden. Die Krankenkassen rechnen gar mit einem Aufschlag von bis zu 5 Prozent. Angesichts dieser Zahlen erstaunt es nicht, dass Gesundheitsminister Pascal Couchepin von der Lösung alles andere als begeistert ist.

Die in der Bildung, Kultur und im Sport tätigen Organisationen lehnen die Reform mehrheitlich ebenfalls ab. Der Bundesrat will sie neu auch der Mehrwertsteuer unterstellen, wenn ihr Umsatz über 250 000 Franken liegt. Mit diesem Schwellenwert kommt er den mehrheitlich ehrenamtlich geführten Vereinen zwar entgegen.

Das Zugeständnis reicht ihnen aber nicht aus. Vor allem die Sportverbände fordern weitere Konzessionen (siehe Kasten).

Finanzminister Merz ist überzeugt, die Vorlage ohne grössere Mindereinnahmen verwirklichen zu können. Kurzfristig kann dieses Ziel jedoch nicht erreicht werden. Um die Umstellung korrekt durchführen zu können, muss der Bund im ersten Jahr Ausfälle von 1,7 Milliarden Franken in Kauf nehmen. Langfristig soll sich die Reform dank eines höheren Wirtschaftswachstum für die Schweiz allerdings auszahlen. Wie sie sich im Alltag auswirkt, hängt vom Einkommen ab: Da Lebensmittel, Bücher und Medikamente teurer werden, müssen vorab Familien und Rentner eine höhere Belastung akzeptieren. Bei ihnen machen die Ausgaben für alltägliche Güter erfahrungsgemäss mehr aus als bei kinderlosen Paaren (siehe Tabelle).

300 Millionen für soziale Abfederung

Damit die Familien und Rentner die Reform verkraften können, will der Bundesrat ihnen bei den Krankenkassenprämien entgegenkommen. 0,1 Prozent der Mehrwertsteuer - das sind rund 300 Millionen Franken pro Jahr - sollen zusätzlich in die Prämienverbilligungen fliessen. So sei es möglich, die schwächsten 40 Prozent der Bevölkerung zu entlasten, sagte Finanzminister Merz. Dass seine eigene Partei von diesem sozialpolitischen Korrektiv nichts wissen will, ficht ihn nicht an. «Ich werde dafür kämpfen.» Ob er sich durchsetzen kann, ist zweifelhaft. Der Mehrwertsteuerexperte Gerhard Schafroth gibt dem Einheitssatz und den daran geknüpften Vorschlägen keine Chance: «Diese Elemente überzeugen sachlich nicht.»

BILD KEYSTONE/PETER KLAUNZER

Finanzminister Hans-Rudolf Merz will eine «Pioniertat» umsetzen.

Sportvereine bangen um Existenz

Bern.- Wer im Fussball auf nationaler Ebene mitmischt oder internationale Sportturniere organisiert, muss auf den damit erzielten Umsätzen selbstverständlich seit Jahren die Mehrwertsteuer entrichten. Die im Breitensport tätigen Vereine sind davon jedoch meistens befreit. Es erstaunt daher nicht, dass sie sich in der Vernehmlassung dagegen gewehrt haben, vermehrt steuerpflichtig erklärt zu werden: Bundesrat Merz wollte ursprünglich alle Organisationen, die mehr als 100 000 Franken Umsatz erzielen, von der Ausnahmeliste streichen.

Davon ist er inzwischen abgekommen. Der Finanzminister schlägt neu vor, für gemeinnützige Institutionen und ehrenamtlich geführte Vereine die Grenze bei 250 000 Franken anzusetzen. «Diese Massnahme verhindert, dass die wichtige Freiwilligenarbeit erschwert wird, indem sich ehrenamtlich tätige Vorstandsmitglieder mit Mehrwertsteuerfragen befassen müssen», begründete er gestern die Korrektur. Die Sportvereine freuen sich über diesen Schritt. «Er geht aber noch zu wenig weit», sagt Marc-André Giger, Direktor von Swiss Olympic. Gemäss der neuen Regelung müssten sich immer noch 700 ehrenamtlich getragene Vereine neu mit der Mehrwertsteuer herumschlagen. «Das bedroht deren Existenz.» Giger verlangt daher, die Umsatzschwelle auf 500 000 Franken zu erhöhen. «Wir können die Mehrwertsteuer-Reform nur mittragen, wenn sie nicht zu Lasten der Sportorganisationen geht.» Swiss Olympic vertritt über die 82 angeschlossenen Sportverbände rund 22 600 Vereine mit 1,5 Millionen Mitgliedern. (abi)